Nr. 156. 42. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 28. März 1913

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der preußische „Wahlkampf".

Nur noch kurze sieben Wochen trennen uns von den Wahlmännerwahlen in Preußen; durch die offizielle Bekanntgabe des Wahltermins sind die äußeren Hindernisse aus dem Wege geräumt worden, die sich sonst der politischen Betätigung hemmend entgegenstellen. Man kann gegenwärtig im Lande soviele Flugblätter verteilen und soviele Versammlungen anberaumen, wie man will, ohne sich erst zur Polizeibehörde bemühen zu müssen. Aber wir sehen nicht, daß von dieser Erlaubnis ein unbescheidener, oder auch nur ein bescheidener Gebrauch gemacht würde. Hie und da raffen sich einige Vertrauensmänner der Parteien dazu auf, einen Kandidaten zu nominieren; hie und da fühlt auch ein Kandidat das Bedürfnis, sich seinen Wählern vorzustellen und ihnen so etwas wie ein Programm zu entwickeln. Dann spricht er gewöhnlich vor einigen Dutzend Männchen, die mehr aus Neugier als aus ernsthaftem, politischem Interesse angetrieben werden. Wären nicht die Zeitungen, die solchen in den meisten Fällen absolut bedeutungslosen Kundgebungen eine gewisse Resonanz verschafften, dann krähte kein Hahn nach der ganzen preußischen Wahlbewegung. Von einem Wahlkampf sprechen zu wollen, wäre einfach Größenwahn. Kaum, daß sich die Oberfläche des preußischen Teiches sporadisch ein wenig kräuselt.

Man könnte entschuldigend einwenden, daß nun einmal die preußischen Wähler kein Bedürfnis nach politischen Sensationen hätten. Sie fühlten sich bei den heutigen Zuständen in Preußen wohl, und man sollte sich hüten, das Ruhende künstlich in Bewegung zu setzen. Indessen würde eine solche Behauptung die Dinge direkt auf den Kopf stellen. Die preußischen Wähler sind durchaus nicht geduldig und noch weniger zufrieden. Sie wissen nur zu gut, daß es ebenso auf dem Gebiet der Steuern, wie in Kirche und Schule, wie in der Verwaltung, wie in den Fragen der Landeskultur sehr viel zu bessern gibt; auch ist das Fell des preußischen Volkes nicht so dick, daß es die Nadelstiche des Junkertums, des Klerus und der Bureaukratie nicht empfindlich spüren könnte. Auch an der mangelnden Politisierung der Wähler, die Herrn v. Bethmann Hollweg schon zu weit geht, liegt es nicht. Dieselben Wähler, die bei den preußischen Landtagswahlen keinen Finger rühren, werden sofort recht munter, wenn die Reichstagswahlen vor der Tür stehen. Und alles, was irgend kriechen kann, gibt bei den Reichstagswahlen die Stimme ab. Bei den preußischen Wahlen bleibt man lieber zu Hause. Es hilft ja doch nichts, das ist der Refrain, der mehr oder weniger deutlich aus der Indolenz der Wählermassen uns bei den Dreiklassenwahlen entgegenklingt. Dante hätte seine Hölleninschrift auch über dem preußischen Abgeordnetenhause anbringen können: Laßt alle Hoffnung draußen!

Die versumpfenden Wirkungen des geltenden Dreiklassenwahlrechts in Preußen machen sich nicht an den Wählern allein, sondern nicht minder an den einzelnen Parteien geltend. Wer sich einigermaßen einen Ueberblick über die politischen Zustände in Preußen und im Reich, im Abgeordnetenhause und im Reichstag zu gewinnen bemüht, dem muß es auffallen, daß dieselben Abgeordneten, daß auch dieselben Parteien hier und dort nicht dieselben sind. Das gilt nicht bloß von den Konservativen, die im Reichstag doch immer eine gewisse Rücksicht auf die Wähler zu nehmen genötigt sind, während sie sich im Dreiklassenlandtag „ausleben" können; es gilt auch nicht bloß von dem Zentrum, das im Reichstag sich zum gleichen Wahlrecht auch für die Einzelstaaten bekennt, während es im Abgeordnetenhause die Durchführung des gleichen Wahlrechts im Bunde mit den Konservativen verhindern hilft. Es trifft ebenso für die liberalen Parteien zu. Die Nationalliberalen treten im Reichstag für das gleiche Wahlrecht ein, während sie im preußischen Abgeordnetenhause keine dringendere Aufgabe sehen, als die Aufhebung der Drittelung in den Urwahlbezirken, die das Unrecht der bestehenden Klassenwahl nur noch vergrößern müßte. Aber auch die Fortschrittliche Volkspartei unterwirft sich dem Gesetz der preußischen Mimicry. Zwar in der Frage des gleichen Wahlrechts ist sie taktisch geblieben; aber vor einer taktischen Verständigung mit der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen, die ihr für die Wahlen zum Reichstag als selbstverständlich erschien, scheut sie tugendhaft zurück. Und man muß ihr zugestehen, daß auch die Sozialdemokratie im preußischen Abgeordnetenhause eine andere als im Reichstag ist. Sie weiß, daß sie unter dem Dreiklassenwahlrecht nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren hat, und so sieht sie ihre Aufgabe nicht sowohl darin, positive Arbeit zu leisten, als den Bourgeois vor den Leib zu stoßen. Ihre ideologischen Bedingungen für ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken waren unerfüllbar. Das wußten die preußischen Sozialdemokraten natürlich ebensogut wie die Freisinnigen. Aber sie formulierten sie mit der äußersten Schärfe, um nachher triumphierend auf die neue Bestätigung der alten These von der einen reaktionären Masse hinweisen zu können.

Gewiß, es fehlt nicht an einzelnen Stimmen, die vor einer solchen selbstmörderischen Taktik warnen und es nicht gelten lassen wollen, daß es sich bei den Versuchen, aus eigener Kraft sich aus dem preußischen Wahlrechtssumpf herauszuarbeiten, nur um die Wiederholung des Münchhausenschen Beispiels handelt, der sich an seinem Zopf aus dem Sumpf herauszog. Wenn die Parteien, die ernstlich heraus und auf festes Land wollen, sich zusammentäten, so kämen sie auch weiter. Empfahl doch sogar der allerdings des Revisionismus dringend verdächtige sozialdemokratische Schriftsteller Schröder in den „Sozialistischen Monatsheften" trotz alledem eine Brücke der Verständigung, die „von Liebknecht bis Friedberg" reichen sollte. Ob eine solche Brücke genügende Tragfähigkeit besitzen würde, um die Opposition aufs Trockene zu tragen, wer will es wissen? Leider wird nicht einmal der Versuch gemacht werden, sie zu fundamentieren. Die Sozialdemokraten wollen nicht, und die Nationalliberalen wollen auch nicht. Sie scheinen es noch immer für ersprießlicher zu halten, sich mit dem Zentrum zu assoziieren, obgleich es längst als festgestellt gelten kann, daß das Zentrum auch diesmal das Wahlgeschäft mit den Konservativen zu machen gedenkt und seine schönen Wahlrechtsgrundsätze einfach in die Tasche steckt.

Nur wer von einem blinden Optimismus befangen ist, wird unter solchen Umständen von den kommenden preußischen Wahlen auch nur den geringsten politischen Fortschritt erwarten. Vielleicht sieht Herr v. Bethmann Hollweg gerade darin einen Erfolg seiner Taktik. In dem großen preußischen Sumpf ist längst das Wahlrechtsversprechen des Königs vom Oktober 1908 auf den Grund gesunken, und das gleiche Ende fand der schwächliche Bethmannsche Wahlrechtsreformversuch. Mit Junkertum und Klerisei läßt es sich wohl noch einige Zeit behaglich in diesem Sumpf herumplätschern, sofern sich der leitende Staatsmann nicht von Prinzipien, sondern von den „gottgewollten Abhängigkeiten" bestimmen läßt. Und doch wird man sich fragen müssen, wie lange es auf diese Art noch weiter gehen soll und wird. Friedrich der Große, als er alt geworden war, sprach das melancholische Wort: „Ich bin es müde, über Sklaven zu herrschen". Es ist auch schon umgekehrt in Preußen vorgekommen, daß es den preußischen „Untertanen" zu viel wurde, immer nur Sklaven zu sein.

Neue Gerüchte vom Rücktritt Kokowzows.

Bevorstehender Wechsel auf dem russischen Botschafterposten in London?

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 28. März.

Der Petersburger Korrespondent des „Figaro" will aus guter Quelle erfahren haben, daß trotz aller Dementis die Demission des Ministerpräsidenten Kokowzow erwogen werde. Man bringt die Demission des russischen Ministers mit dem Abgang Iswolskis von Paris in Verbindung und deutet an, daß Kokowzow vielleicht die russische Botschaft in Paris übernehmen werde.

Petersburg, 28. März.

Das „Nowoje Wremja" meldet, daß der Rücktritt des russischen Botschafters in London, Graf Benkendorff, bevorstehe, da sein Gesundheitszustand Erholung fordere. Dadurch sei Iswolski, dem großen Freund der Engländer, Gelegenheit geboten, seine diplomatische Karriere an der Themse fortzusetzen, nachdem sein Rücktritt in Paris beschlossene Sache ist. — Der Staatssekretär von Finnland, Baron Langhoff, hat seinen Abschied eingereicht und bewilligt erhalten, weil er sich außerstande sieht, die Gegensätze zwischen der russischen Politik und Finnland länger auszugleichen. Wie verlautet, wird sein Posten durch einen Russen besetzt werden. Der vielgenannte Polizeichef General Kurlow, der durch das Attentat auf Stolypin stark kompromittiert war, soll demnächst zum Senator ernannt werden.

Die bulgarischen Friedensbedingungen.

Midia—Rodosto oder Midia—Saros?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Petersburg, 28. März.

Der hier weilende bulgarische General Radko Dmitriew erklärte einem Interviewer der „Rjetsch", Bulgarien werde nur dann die Tschataldschalinie stürmen, falls es die Absicht hege, Konstantinopel zu nehmen. Diese Absicht habe aber bisher nicht vorgelegen. Bulgarien bezwecke nichts weiter, als die Grenze **Midia-Rodosto** zu erhalten. Der Friedensabschluß könne trotzdem eine Verzögerung erfahren, wenn im geeigneten Augenblick keine Bevollmächtigten der Pforte zur Hand wären. Ernste Befürchtungen in dieser Hinsicht seien nicht unbegründet, denn in Konstantinopel ständen gewisse Umwälzungen bevor. Wie mir von informierter Seite mitgeteilt wird, verläßt General Dmitriew Sonnabend Petersburg. Er hat seine politische Mission in Zarskoje Seloe erfüllt und diese wird als gelungen bezeichnet. In den letzten Tagen haben mehrere Zusammenkünfte zwischen Danew und dem rumänischen Gesandten in Sofia, Fürsten Ghika stattgefunden, um die Lösung des rumänisch-bulgarischen Konflikts zu fördern.

Wien, 28. März.

Der Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz" in Sofia erfährt von kompetenter Seite, daß die Einigung der verbündeten Balkanstaaten über die Annahme des Vorschlages der Großmächte als Grundlage für die Friedensverhandlungen bereits erfolgt ist. Die Balkanstaaten beabsichtigen nicht, die kriegerische Aktion bis zur Erlangung einer Verständigung mit der Türkei fortzusetzen, sind vielmehr von dem aufrichtigen Willen

Die Krisis der russischen Familie.

Von [Nachdruck verboten.]

Alexander Amfiteatrow.

Der hier folgende Aufsatz des bedeutenden russischen Schriftstellers Alexander Amfiteatrow gehört in die Reihe der Artikel, die in der Osternummer des „Berliner Tageblattes" unter dem Titel „Das häusliche Leben" veröffentlicht worden sind. Amfiteatrow, dem wegen seiner politischen Ansichten das Leben in seiner Heimat schwer gemacht wurde, lebt im Ausland. Er gilt aber auch bei seinen Gegnern noch immer als der glänzendste russische Publizist.

Die Redaktion.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russische Familie gegenwärtig eine schwere Krisis durchlebt. Man beeilt sich gewöhnlich zu versichern, daß diese Krisis nur in der mittleren Klasse der Gesellschaft, der sogenannten „Intelligenz", in Erscheinung tritt. Aber die offizielle Zeitung „Rossija" brachte erst vor einigen Tagen die Mitteilung, daß dem Heiligen Synod nicht mehr und nicht weniger als 5000 Ehescheidungsgesuche von Bauern aus dem Gouvernement Tula vorliegen. Diese überraschend große Ziffer beweist, daß die Zersetzung der Familie sich bis in die tiefsten Schichten des Volkes erstreckt.

Man ist geneigt, die Schuld an der Krisis der russischen Familie auf die sozialistischen Lehren, das Freidenkertum, den Atheismus und Materialismus und den Einfluß der Bildung, Lebensweise und Wissenschaft des Westens zu schieben. In Wirklichkeit wird das Leben der Familie in Rußland durch die Einflüsse der Kirche am schwersten geschädigt, was natürlich nichts mit dem Glauben oder der religiösen Gesinnung zu tun hat, sondern mit den Mißbräuchen und Schäden zusammenhängt, die sich allmählich ausgebildet haben. Der starre Byzantinismus, durch den die Kirche sich gleichsam für ihre Abhängigkeit von der Regierung an der Bevölkerung rächt, ist mit seiner einzwängenden Wirkung für die Institution der Ehe geradezu unerträglich geworden. Die Trauungszeremonie ist von der Höhe einer geheimnisvollen, heiligen Handlung, die ihr einst zugewiesen wurde, von Jahr zu Jahr mehr auf das Niveau einer polizeilich vorgeschriebenen Formalität zur Erlangung eines gemeinsamen Passes für Mann und Frau herabgesunken. Es gibt bekanntlich in Rußland keine Zivilehe. Aber was das Gesetz nicht gewährt, das wird durch die sich mehr und mehr einbürgernde Gewohnheit ausgeglichen. Nirgends in Europa gibt es so viele ungetraute Ehepaare wie in Rußland. Es existieren dort ganze soziale Gruppen, in denen diese Form der Ehe auf Ehrenwort, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens, über die kirchlich eingesegnete Ehe bei weitem das Uebergewicht hat, ja, sie fast völlig ausschließt. Das galt in diesem weitgehenden Maße natürlich nur für die freidenkende Intelligenz. In letzter Zeit jedoch hat die „Ehe nach Uebereinkunft" auch im Volke, selbst in so entlegenen Gegenden, wie zum Beispiel in den Gouvernements Archangelsk und Wologda, Wurzel gefaßt. Der hauptsächlichste Grund dafür liegt in der Schwierigkeit der Ehescheidung, die mit allerhand kostspieligen und in der Regel sehr lästigen Formalitäten verknüpft ist. Noch einmal: mit einem Sinken der Religiosität hat diese Abneigung der Bevölkerung gegen die kirchliche Ehe und die Bevorzugung des freien Zusammenlebens nur sehr wenig zu tun. Die russische Intelligenz weist im Gegenteil seit etwa anderthalb Jahrzehnten eine in dieser Beziehung charakteristische Erscheinung auf: sie sucht (wenn sie auch in Wirklichkeit nicht religiöser geworden ist) doch wenigstens sich selbst und anderen einzureden, daß sie es geworden sei, wobei eine ganze Schar von sogenannten „weltlichen Theologen", „Gottschöpfern", „Gottsuchern" und ähnlichen Liebhabern mystischer Selbsttäuschung sie in Wort und Schrift kräftig unterstützten . . . Was die unteren Volksschichten betrifft, so hatten sie seit einem Vierteljahrtausend ununterbrochen ein lebendiges Beispiel dafür vor Augen, daß die besten, treuesten und reinsten Ehen, die das russische Volk nur aufzuweisen hat, stets der kirchlichen Anerkennung entbehrten. Ich habe hier die Ehen unserer Altgläubigen im Auge, die erst im Jahre 1905 öffentlich anerkannt und für zu Recht bestehend erklärt wurden, was, wie gesagt, dieses tiefreligiöse Volkselement nicht gehindert hat, von jeher ein wahrhaft musterhaftes Familienleben zu führen.

Der starre Rahmen der russischen Kirchenehe vermag das Eindringen der Mischehe nicht aufzuhalten, die vielmehr, obschon sie mit den Grundgesetzen der russischen Kirche im Widerspruch steht, doch ungemein häufig geworden ist. Seit dem Jahre 1905 war der Abfall von der rechtgläubigen Kirche gerade aus Gründen der Eheschließung ein sehr starker. Zahlreiche Uebertritte zu weniger engherzigen Konfessionen, die eine Eheschließung ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis gestatten, finden fortlaufend statt. Ganz besonders sind hier die russisch-jüdischen Ehen als die häufigsten unter den Mischehen, hervorzuheben. Wer einem Glaubenswechsel abgeneigt ist, zieht eben das freie Zusammenleben vor. Die Emigrantenscharen, die seit 1905 aus revolutionären Gründen Rußland verlassen mußten, bestanden fast durchweg aus solchen gemischt-konfessionellen Paaren. Es liegt auf der Hand, daß durch die bevorstehende Rückkehr dieser Emigrantenmasse nach Rußland die Ehefrage in eine neue Phase treten und eine rasche und gründliche praktische Lösung heischen wird.

Ich bin zu lange von Rußland fern, um ein Recht zur Abgabe eines Urteils über die sittliche Beschaffenheit seines Familienlebens zu besitzen. Wenn man den russischen Zeitungen Glauben schenken darf, befindet sich das russische Familienleben nach der sittlichen Seite hin augenblicklich in einem geradezu entsetzlichen Zustande. Eine Reihe monströser Prozesse und Skandale hat auf den gegenwärtigen Zustand der Ehe in den mittleren russischen Gesellschaftsklassen überaus grelle Schlaglichter geworfen. Und um die oberen — wie auch die unteren — Schichten der Bevölkerung steht es nicht besser. In erschreckendem Maße ist der Prozentsatz der Fälle von Notzucht, Blutschande usw. in den Kreisen der Geistlichkeit und des Bauerntums gewachsen. Die Epidemie des „Hooliganismus" beweist, daß zwischen der Alteren und der jüngeren Generation selbst auf dem Lande kein gegenseitiges Verstehen mehr vorhanden ist, daß vielmehr beide einander voll Erbitterung und Haß gegenüberstehen. In der Stadt tritt der Gegensatz natürlich noch peinlicher und schärfer zu Tage.

Wir Russen sind unseren Kindern mit einer sentimentalen, ja leidenschaftlichen Zärtlichkeit zugetan, doch verstehen wir sie nicht zu erziehen, weil wir sie eben nicht auf die rechte Art zu lieben wissen. Vor vierzig Jahren hat die Regierung, aus Furcht vor dem raschen Fortschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung nach der Reformperiode Kaiser Alexanders II., dieser Entwickelung durch ein Erziehungssystem Einhalt zu tun versucht, das man bei uns das „klassische" genannt hat, wiewohl es in Wirklichkeit als ein idiotisches bezeichnet zu werden verdiente. Man suchte durch dieses System eine Bürgschaft für die Loyalität des jungen Geschlechts, der zukünftigen Intelligenz zu schaffen. Der diese Zeilen schreibt, ist durchaus kein Feind, sondern im Gegenteil ein großer Verehrer des Klassizismus, soweit sich dieser in verständigen Bahnen bewegt und in den Dienst der Wahrheit und Schönheit, nicht aber in den der offiziellen russischen Lüge stellt. Man hat in Rußland das klassische System in eine Art geistiger Folterkammer umgewandelt, aus der die Kinder verschüchtert, beschränkt, charakterlos und unwissend hervorgehen, mit einem ausgesprochenen Haß gegen die Wissenschaft und mit einer stark verringerten Anhänglichkeit an die Familie. Die Schuld hieran fällt natürlich nicht nur der Regierung, sondern auch der Gesellschaft selbst zur Last, die sich als zu schwächlich und schüchtern erweist, um